

Die Bilanz der Europäischen Integration 2011

Werner Weidenfeld

Europa bietet eine dramatische Agenda. Der Kontinent ist mit etlichen tiefgreifenden, ja existenziellen Herausforderungen konfrontiert – von der Sicherung der gemeinsamen Währung, über die politische Umrahmung der Wirtschafts- und Währungsunion, bis hin zur Wirksamkeit europäischer Außenpolitik, ob in Nordafrika oder in Asien. Und immer wieder wird die Frage nach der Handlungsfähigkeit Europas aufgeworfen, nach demokratischer Legitimation und parlamentarischem Unterbau.

Krisenberichte dominieren seit geraumer Zeit die Oberfläche europapolitischer Berichterstattung. Dahinter stehen schwerwiegende Grundsatzfragen der Ordnung und Gestaltung Europas. Und dennoch hat die Europäische Union in einer breiten Agenda neue Fakten gesetzt, die wir uns zunächst vor Augen führen sollten:¹

- Griechenland erhielt zur Abwendung einer staatlichen Insolvenz mehrere milliarden-schwere Hilfsprogramme.
- Der künftige EU-Rettungsfonds ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) wurde beschlossen. Er soll von 2013 an mit 700 Milliarden Euro ausgestattet werden.
- Der EU-Gipfel beschloss im Juni 2011, dass der Italiener Mario Draghi ab 1. November 2011 als Nachfolger von Jean-Claude Trichet Präsident der Europäischen Zentralbank sein soll.
- Am 16. Dezember 2010 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf eine Änderung der Europäischen Verträge geeinigt, um die Euro-Krise einzudämmen. Die Vertragsänderung besteht aus zwei Sätzen: „Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus schaffen, der aktiviert wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes zu sichern. Die Bewilligung finanzieller Hilfen wird unter strikte Bedingungen gestellt“.²
- Die Herabstufung der USA durch die Rating Agentur Standard & Poor's hat nicht nur in Amerika Ängste vor einem ökonomischen Niedergang ausgelöst, sondern auch in Europas Finanzkreisen Panik ausgelöst. Europas Börsen stürzten ab. Dass ausgerechnet China die USA zu mehr budgetärer Disziplin ermahnte, ließ Zweifel am Zukunftsprofil des gesamten Westens aufkommen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, sprach von der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.³
- Am 17. August 2011 einigten sich der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy und die deutsche Bundeskanzlerin auf den Vorschlag an die EU, eine Wirtschaftsregierung zu bilden.

1 Die Einzelheiten dazu sind im jeweiligen Kapitel des Jahrbuches zu finden.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Zwei neue Sätze im Vertrag von Lissabon, EU-Gipfel beschließt neuen Euro-Krisenmechanismus/EZB verdoppelt Grundkapital, 17.12.2010, S. 1.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Trichet. Größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, 10.08.2011, S. 1.

- Am 1. Januar 2011 wuchs der Euro-Raum auf 17 Mitglieder. Estland führte den Euro ein.
- Am 6. September 2011 hat die Schweiz den Franken an den Euro gebunden und eine Untergrenze von 1,20 Franken als Mindestkurs des Franken zum Euro verkündet.
- Das Bundesverfassungsgericht hat am 7. September 2011 Klagen gegen den Euro-Rettungsschirm und die Griechenland-Hilfe abgewiesen. Ein Verstoß gegen die Verfassung liegt nicht vor. Allerdings forderten die Richter mehr parlamentarische Beteiligung bei Entscheidungen zu europäischen Finanzhilfen.
- Debatten gab es immer wieder über Grenzkontrollen im Schengen-Raum. Zu nationalen Maßnahmen war es zwischen Frankreich und Italien, sowie an den Grenzen Dänemarks gekommen. Diese Maßnahmen treffen den Symbolhaushalt Europas drastisch: Mit der Erfolgsgeschichte der Einigung Europas verbindet sich das Bild der Freizügigkeit als große Symbolik der Freiheit. Am 14. Juli 2011 haben die EU-Experten die umstrittenen dänischen Kontrollen an Grenzübergängen mit Deutschland und Schweden vor Ort inspiziert.
- Im November 2010 präsentierte die Europäische Kommission mit dem Strategiepapier „Energie 2020“ einen Entwurf für die energiepolitischen Prioritäten der Jahre 2011 bis 2020. Durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima erhielt diese Problematik eine zusätzliche Dramatik.
- Die Europäische Union verabschiedete die Strategie „Europa 2020“, mit der sie langfristig ihre weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit steigern will.
- Im Dezember 2010 beschloss die EU Montenegro den Kandidatenstatus zu verleihen. Diesen ergänzen Island, Türkei, Mazedonien.
- Rumänien und Bulgarien drängen in den Schengen-Raum.
- Im Juni 2011 wurde von der Europäischen Kommission das Ende der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien verkündet. Im Jahr 2013 wird dann Kroatien das 28. Mitgliedsland der Europäischen Union.
- Mehr und mehr bannt die Debatte um den Haushaltsrahmen 2014 bis 2020 die Aufmerksamkeit der Europapolitiker.
- Zum 20jährigen Jubiläum der Vollendung des Binnenmarktes im Jahr 2012 versucht die Kommission mit der „Binnenmarktakte“ auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, indem sie eine Vielzahl weiterer Rechtsakte verabschiedet.
- Am 20. August 2011 erregte die Meldung Aufmerksamkeit, dass ca. 20 Prozent der jüngeren Europäer ohne Arbeitsplatz sind. In allen EU-Staaten zusammen waren im Juni 2011 über fünf Millionen junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren erwerbslos. In Großbritannien, wo es zuletzt schwere Krawalle von überwiegend jungen Menschen gab, liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 19,6 Prozent. Dies sind noch rund sechs Prozentpunkte mehr als vor der Wirtschaftskrise. Schlusslicht ist mit Abstand Spanien. Dort ist mit 45,7 Prozent fast jeder zweite junge Mensch ohne Arbeit. Wegen der Lage auf dem Arbeitsmarkt und mangelnder Perspektiven hatten junge Menschen vor einigen Wochen eine Welle von Protesten gestartet. In Griechenland lag die Quote im März bei 38,5 Prozent. Deutschland hat die drittniedrigste Jugendarbeitslosigkeit aller 27 EU-Staaten. Im Juni waren 9,1 Prozent oder 430.000 Menschen zwischen 15 und 24 Jahren ohne Job, teilte das Statistische Bundesamt mit. Nur in den Niederlanden

- (7,1 Prozent) und in Österreich (8,2 Prozent) lag die Erwerbslosigkeit unter Jugendlichen niedriger, der EU-Schnitt betrug 20,5 Prozent.
- Ab Mai 2011 traten die Bestimmungen des Binnenmarktes zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit auch für Ost- und Mitteleuropäer in Deutschland in Kraft.
 - Im Dezember 2010 einigten sich die EU-Organe auf die Regeln für die EU-Bürgerinitiative, die mit dem Lissabon-Vertrag eingeführt wurde. Danach können eine Million Bürger in mindestens sieben Staaten eine Initiative zur Änderung des EU-Rechts einbringen.
 - Bei der Angleichung des Verbraucherschutzes wurden in der EU versteckte Zusatzgebühren bei Internetgeschäften und die automatische Verknüpfung eines Kaufs von Zug- und Flugtickets mit dem Abschluss spezieller Versicherungen verboten.
 - Der Notruf 112 gilt nun europaweit. Mehr als 12 weitere Staaten haben diese Notrufnummer ebenfalls eingeführt. Das Europäische Parlament hat den 11. Februar zum jährlichen Euronotruf-Tag ausgerufen.
 - Die Europäische Union wirft ein wachsames Auge auf die rechtsstaatliche Substanz der Mitgliedstaaten. Dies hat die Kommission nachdrücklich artikuliert bei der Behandlung der Roma in Frankreich und der Mediengesetzgebung in Ungarn.
 - Anfang Juni 2011 äußerten sich etliche EU-Mitglieder verstimmt über den „deutschen Alleingang“ bei Atomkraft.⁴
 - Auf die Transformation in Nordafrika – zunächst in Tunesien und Libyen, dann in Ägypten – reagierten die Mitglieder der Europäischen Union überrascht und – ebenso wie bei den anschließenden Tumulten in verschiedenen arabischen Ländern – ohne gemeinsame Strategie.
 - Ein gemeinsamer Vorschlag Deutschlands und Schwedens für Einsparungen in der Rüstungspolitik fand im Dezember 2010 die Zustimmung der Verteidigungsminister. Der Vorschlag sieht vor, dass die EU-Länder ihre militärischen Fähigkeiten, auch ihre Waffensysteme bündeln.
 - Polen, Deutschland und Frankreich haben die Bildung einer gemeinsamen EU-Battlegroup beschlossen. Die drei Staaten unterzeichneten am 5. Juli 2011 eine Vereinbarung, bis 2013 eine trinationale Einheit von 1700 Soldaten zur Teilnahme an der EU-Krisenreaktionstruppe aufzustellen.
 - Im Juli 2011 hat die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik einen Bericht über die Stärkung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ vorgelegt. Darin wird die Einrichtung eines eigenen Militär-Hauptquartiers gefordert. Ein erster Vorstoß war 2003 an der Ablehnung seitens Großbritanniens und der USA gescheitert. Dem zweiten Versuch wurden gute Realisierungschancen eingeräumt. Und dennoch legte Großbritannien ein Veto ein und stoppte damit die Initiative.

Hinter dieser vielfältigen europapolitischen Agenda, die leichthin ergänzbar wäre, steckt ein Bestand an schwerwiegenden Grundsatzfragen, die zu klären sind.⁵ Es gibt kein Ding an sich – nur die Wahrnehmung davon. Alles ist Perzeption. Das gilt auch für die Europa-

4 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung: Europäer verstimmt über „deutschen Alleingang“ bei Atom, 07.06.2011, S. 1.

5 Siehe dazu ua. an aktuellen Neuerscheinungen Werner Weidenfeld: Die Europäische Union, 2. Aufl., Paderborn 2011.

politik. Man könnte sich also zunächst zurückziehen auf die medialen Schlagzeilen als elementare Wahrnehmungsmuster:⁶

- Krise;
- Alptraum;
- Ratlosigkeit.

Wenn es um die deutsche Europapolitik im engeren Sinne geht, werden die Einschätzungen noch härter:

- „sprachlos, ziellos, mutlos“;⁷
- „ohne Außenpolitik“;⁸
- die außenpolitischen Partner fragen, „ob Deutschland überhaupt weiß, wohin es will.“⁹

Reaktionen auf diesen Befund

Fragen wir die Träger der Verantwortung: Bundespräsident Christian Wulff fasst die Bilanz seiner bisherigen Amtszeit in den Satz: „Ich bin in Sorge um mein Europa.“¹⁰ Eine lange Liste der Gründe für seine Sorge führt er an: Kommunikative Mängel; Entzug von Vertrauen; Aushöhlung des Parlamentarismus; Mangel an Transparenz. Und dann summiert Wulff: „Etwas grundsätzliches ist aus den Fugen geraten.“¹¹

Bundestagspräsident Norbert Lammert nimmt die Sorge um den Parlamentarismus auf und warnt die Bundesregierung davor, Beschlüsse zur Ausweitung des Euro-Rettungsschirms im Eiltempo durchsetzen zu wollen: „Das Thema des europäischen Rettungsschirms ist so wichtig, dass der Bundestag nicht innerhalb weniger Tage mit der notwendigen Sorgfalt beraten und beschließen kann.“¹² Mit diesem Thema wird auch immer wieder das Bundesverfassungsgericht befasst.

Aus einer ganz anderen Perspektive kommt man zu ähnlichen Wahrnehmungen: Der Klassiker internationaler Machtanalyse, Joseph Nye, hat ein neues Standardwerk publiziert – „Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein Neues Zeitalter.“¹³ Nye kommt zu dem Schluss, dass Europa von seinen Ressourcen her zurzeit weltpolitisch der einzige ernst zu nehmende Konkurrent der USA ist. Aber Europa fehlt die Fähigkeit zu einem strategischen Umgang mit seinen Ressourcen. Nyes hartes Urteil macht sich fest an der Abwesenheit von Strategiefähigkeit.¹⁴

6 Vgl. u. a. Kurt Kister, Europa als Alptraum?, in: Süddeutsche Zeitung, 13. Mai 2011, S. 4; Nikolas Busse, Überforderte Europäer in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.04.2011, S. 10; Reinhard Müller, Gemeinsam, aber wie? Die Europäische Union im Stresstest, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05.2011, S. 8; Christoph R. Schiltz, Lebenslügen der Europäer, in: Die Welt, 26.05.2011, S. 3; Hans-Jürgen Moritz, Krise als Alltag, in: Focus Online, 24.06.2011; Stephan Speicher, Hat unser Kontinent eine Vorstellung von sich selbst?, in: Süddeutsche Zeitung, 15.02.2011, S. 14.

7 Spiegel online v. 17.07.2011.

8 Günther Nonnenmacher: Ohne Außenpolitik ins Abseits, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.05.2011, S. 1.

9 Guido Westerwelle zitiert in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.05.2011, S. 10.

10 Die Zeit v. 30.06.2011, S. 3.

11 Ebda.

12 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 14.08.2011, S. 1.

13 Joseph Nye: Macht im 21. Jahrhundert, Politische Strategien für ein Neues Zeitalter, München 2011.

14 Vgl. auch Werner Weidenfeld: Doppelte strategische Ratlosigkeit – Deutschland und Europa, in: Europäische Rundschau, 2/2011, S. 9-15.

Der Philosoph Jürgen Habermas hat in seiner Rede an der Humboldt-Universität in Berlin¹⁵ die Formel gebracht: Europa verharre in einer Schreckstarre, die jegliche Einigung wie eine Denkblockade verhindere.

Auf alle Vorwürfe, es fehle an Visionen und Ideen, gibt Angela Merkel eine Antwort: Man solle nun nicht die Lösung der Krise „mit einem spektakulärem Schritt“¹⁶ erwarten. Damit hebt sie ab auf das, was die Bundesregierung beherrscht:

- situative Rationalität;
- Augenblicks-Management;
- Timing der Interessenverwebung;
- Fingerfertigkeit der Machttechnik.

Damit ist der Oberflächenbefund beschrieben – und die Kernkategorien der grundsätzlichen Herausforderungen liegen auf der Hand:

- Steigerung der Transparenz;
- Vertiefung der Parlamentarisierung;
- Stärkung der Legitimation;
- Ausbau der politischen Union;
- Dynamisierung der Strategiefähigkeit.

Es wäre naiv, nun einfach einen neuen Vertrag zu fordern. Aber man kann sehr vieles aus den Verwinkelungen des Lissabon-Vertrags noch bergen und ausschöpfen.¹⁷ Und: Zu diesem Katalog gibt es eine ganze Reihe von aktuellen Anregungen:

Der Präsident der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet geht davon aus, dass wir „natürlich ein europäisches Finanzministerium haben“ werden.¹⁸ Finanzminister Wolfgang Schäuble wünscht „die Direktwahl eines europäischen Präsidenten. Dann werden wir schon bei der ersten Wiederwahl ein sehr viel stärkeres europäisches Bewusstsein haben.“¹⁹

Die Erkenntnis, dass eine Währung von einem politischen Geltungsrahmen umgeben sein muss, existiert seit langem. Sie ist für den US-Dollar ebenso realisiert, wie für den Renminbi oder den Yen. Man muss nur nach Washington, Peking oder Tokio blicken. Nur die zweitwichtigste Reservewährung der Welt, der Euro, kommt bisher ohne aus. Das kann nur in Schönwetterzeiten gelingen.

Bereits bei den Verhandlungen um den Vertrag von Maastricht²⁰ wollte die Bundesrepublik Deutschland unbedingt die Politische Union. Aber die Bundesregierung zuckte dann zurück, als die französische Kultur der politischen Ökonomie zu dominant zu werden schien – und die politische Kraft der Bundesregierung von wichtigen Landtagswahlen in Anspruch genommen wurde. Die Angelegenheit wurde einem langfristigen Lernprozess überlassen, der uns heute noch immer bewegt.

Was gegenwärtig grundsätzlich anzupacken ist, erscheint vergleichbar mit der Problemfülle, die vor der Kreierung der Wirtschafts- und Währungsunion bedrückend war: „Eurosklерose“ war der Schlüsselbegriff für Katastrophenstimmungen und Untergangsszenarien Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre.

15 Die Welt, 18.06.2011, S. 25.

16 Süddeutsche Zeitung, 21.07.2011, S. 4.

17 Siehe u. a. Werner Weidenfeld (Hrsg.): Lissabon in der Analyse, Baden-Baden 2008;

18 Süddeutsche Zeitung, 23./24.07.2011, S. 23.

19 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31.07.2011, S. 27.

20 Werner Weidenfeld (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1994.

Wie sollte Europa aus diesem tiefen Tal des Jammers gerettet werden?

Führende Politiker suchten eine Antwort (François Mitterrand, Helmut Kohl). Dazu brauchte man einen strategischen Kopf (Jacques Delors). Der entwarf ein großes Konzept mit einem genauen Zeitplan und versorgte die Öffentlichkeit mit einer Fülle von Daten, Erklärungen und Deutungen. Der Orientierungsbedarf wurde gestillt.

Wenn man diese Erfahrung auf die Gegenwart überträgt, dann sind präzise Schlussfolgerungen zu ziehen: Es gilt einen strategischen Entwurf zu liefern. Dieser Plan muss die anstehenden Schlüsselfragen beinhalten:

- Legitimation;
- Transparenz;
- Führungsarchitektur;
- politische Gestaltungsrahmen der Wirtschafts- und Währungsunion;
- weltpolitische Mitverantwortung;
- differenzierte Integration.²¹

Die politische Führung muss dies mit großem Kraft- und Zeitaufwand vermitteln. Die Europapolitik bedarf der Orientierung, sonst beginnt sie wieder infantil und wiederholt die alten Fehler.

Die Agenda existentieller Zukunftsfragen ist unübersehbar

Das bewegende Thema „Sicherheit“ stellt sich mit völlig anderer Dringlichkeit. Das alte Schema des Abschreckungsprinzips ist ausgehebelt. Die Bedrohung wird viel differenzierter, schwerer kalkulierbar und multidimensionaler – eine neue Art globaler Vernetzung, größerer Mobilität, höherer Geschwindigkeit technologischen Wandels und neuer mythologischer Zuspitzung hat ein Webmuster von Risiken entstehen lassen, auf die die Politik strategische Antworten erarbeiten muss, wenn die Chance auf Überlebensfähigkeit gestärkt werden soll.

Bisher taucht die Politik vor den dramatischen Veränderungen der Demographie in geradezu peinlicher Form ab. Man fürchtet punktuelle Unpopularität. Die Zahl der älteren Menschen nimmt in ganz Europa, nicht nur in Deutschland, drastisch zu, der Anteil der jüngeren Menschen nimmt parallel ab. Die Organisation des Arbeits- und Soziallebens aber folgt immer noch der Logik des 19. Jahrhunderts. Damals waren Menschen wegen ihres harten Arbeitslebens in Landwirtschaft, Handwerk, Bergbau, verbunden mit schlechten Ernährungsformen, sehr früh körperlich verbraucht. Entsprechend wurden die Regelungen des Ruhestandes organisiert. Heute aber bleiben die Menschen bis ins hohe Alter arbeitsfähig – sie werden aber künstlich, gleichsam wie im 19. Jahrhundert, aus dem Arbeitsmarkt entfernt. Die Politik kennt zwar die Schärfe der Daten, wagt sich aber an wirkliche Lösungen nicht heran.

Ein ähnlicher Befund gilt für das Thema Energieversorgung. Europa ist der größte Energieimporteur der Welt. Es kann kleine Leistungen aus Norwegen, bescheidene Angebote regenerativer Energie und begrenzte Atomstrom-Angebote nutzen. Das eigentliche Energie-Paket aber muss von außen geliefert werden. Im Wesentlichen handelt es sich um Länder in Krisenregionen oder machtbewusste Akteure ohne Stabilitätsgarantie. In Europa werden künftig nur die Lichter brennen, wenn es sich auf ein global angelegtes gemein-

21 Werner Weidenfeld/Josef Janning: Das neue Europa, Strategien differenzierter Integration, Petersberg 1996.

sames Konzept der Energiesicherung verständigt. Bisher ist davon wenig zu spüren. Unter dem Druck der Not wird es irgendwann erfolgen – hoffentlich nicht zu spät.

Europa trägt als eine Weltmacht im Werden natürlich eine große weltpolitische Mitverantwortung. Gleichgültig, ob es sich um das globale Finanzthema oder den Klimawandel handelt, ob um Migration oder ethnologische Konflikte – keine Weltmacht kann solche Herausforderungen allein bewältigen. Jede Macht braucht dazu strategische Partnerschaften. Bis heute wird man sich jedoch vergeblich auf die Suche nach solchen Partnerschaften Europas mit Indien, China, Brasilien machen müssen. Nicht einmal mit Blick auf die USA oder Russland lassen sich wirkliche strategische Profile ausmachen. Die europäische Ebene verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber unterscheidet sie sich in nichts vom Erosionsprozess der politischen Kultur in den Mitgliedstaaten. Hier wie dort besteht dringlicher Bedarf an Strategie, Zukunftsbild und Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert. Auch für Europa liegt es auf der Hand: Das Grundmuster des Politischen muss sich ändern.

Eine vitale transnationale Demokratie setzt auch voraus, dass sich die EU-Bürger mit dem politischen System identifizieren und europäische Politik demokratisch legitimieren – etwa durch den Wahlakt zum Europäischen Parlament, vor allem aber in einer lebhaften öffentlichen Auseinandersetzung zu europäischer Politik. Europapolitik wirkt nach innen in die Mitgliedstaaten hinein – und trotzdem ist sie noch immer kein selbstverständlicher Bestandteil nationaler, geschweige denn transnationaler Debatten. Europa ist nach wie vor ein artifizieller Nebenschauplatz. Obwohl die daraus resultierende Akzeptanz- und Legitimationskrise der Europäischen Union bereits seit langer Zeit schwelte, wurden die politischen Entscheidungsträger erst dann alarmiert, als die Nachricht vom Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden kam und ein substanzieller und notwendiger Reformschritt in der Systementwicklung der Europäischen Union über Nacht blockiert wurde. Es liegt aus diesem Grund im wohlverstandenen Eigeninteresse der Union, die Unterstützung des Bürgers für die Europäische Politik durch geeignete politische Kommunikation wieder zu gewinnen.

Das Thema europäische Integration muss zum integralen und selbstverständlichen Bestandteil politischer Debatten in den Mitgliedstaaten werden. Die Abschottung der nationalen von der europäischen Ebene im politischen Diskurs muss aufgehoben werden, denn sie entspricht im Mehrebenensystem nicht mehr der Realität. Dazu ist Lernen und Umdenken erforderlich, nicht nur für die Bürger, sondern auch unter den nationalen politischen Entscheidungsträgern. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr, dass Politik zwar zunehmend auch auf europäischer Ebene gemacht wird, aber dabei abgekoppelt bleibt von der Legitimation der Bürger. Anders formuliert: Der Bürger muss den politischen Entscheidungsträgern auch ein Mandat für ihre Politik in der Europäischen Union geben. Und dies vermag er nur, wenn der Europapolitik ein größerer Raum in den tagespolitischen Debatten eingeräumt wird und eine Rückkopplung zur täglichen Lebenswelt der Bürger stattfindet. Erst dann können die Bürger Europa als Teil ihrer eigenen Umwelt begreifen und zum Bezugspunkt ihrer eigenen Standortbestimmung machen.

Um die Symptome der Akzeptanz- und Legitimationskrise der Europäischen Union zu beseitigen, gibt es keinen Königsweg. Vielmehr ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, das seine Wirkung erst mittel- und langfristig zeigt. Doch jede Aktion kann ihre volle Wirkung nur dann entfalten, wenn sie unter einem einheitlichen Code formuliert wurde. Im Kern fehlt Europa dafür nicht nur das operative Zentrum, es fehlt vor allem ein strategi-

sches Denken. Die großen Mächte Europas haben allesamt ihre weltpolitische Komponente eingebüßt. Keiner dieser Staaten hat den Führungswillen entwickelt, den nationalen Verlust seines weltpolitischen Horizonts nun europäisch zu kompensieren. Das Defizit an strategischem Denken erweist sich so als eigentliche Achillesferse Europas.

Weiterführende Literatur

- Gabriele Abels/Annegret Eppler/Michéle Knodt (Hrsg.): Die EU-Reflexionsgruppe „Horizont 2020-2030“. Herausforderungen und Reformoptionen für das Mehrebenensystem, Baden-Baden 2010.
- Olaf Asbach: Europa – Vom Mythos zur Imagined Community?, Hannover 2011.
- Annegret Bendiek/Heinz Kramer (Hrsg.): Globale Außenpolitik der Europäischen Union. Interregionale Beziehungen und „strategische Partnerschaften“, Baden-Baden 2009.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Europa wagen, Gütersloh 2010.
- Ulrich Beck/Edgar Grande (Hrsg.): Varieties of second modernity: extra-European and European experiences and perspectives in: *The British Journal of Sociology*, 3/2010, S. 409-443.
- Roland Bieber/Wolfgang Knapp (Hrsg.): Recht der Europäischen Union, 2. Aufl., Baden-Baden 2010.
- Katrin Böttger: Die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Akteure und Koalitionen, Baden-Baden 2010.
- Thomas P. Boje/Martin Potucek (Hrsg.): Social Rights, Active Citizenship and Governance in the European Union, Baden-Baden 2011.
- Gesa-Stefanie Brincker/Mathias Jopp/Lenka Anna Rovná (Hrsg.): Leitbilder for the Future of the European Union. Dissenting Promoters of Unity, Baden-Baden 2011.
- Esra Bulut Aymat (Hrsg.): European Involvement in the Arab-Israel Conflict, Paris 2010.
- Christian Calliess: Die neue Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon: Ein Überblick über die Reformen unter Berücksichtigung ihrer Implikationen für das deutsche Recht, Tübingen 2010.
- CEPS/Egmont/EPC (Hrsg.): The Treaty of Lisbon: A Second Look at the Institutional Innovations, Brüssel 2010.
- Richard Corbett, Francis Jacobs, Michael Shackleton (Hrsg.): The European Parliament. 8. Aufl., London 2011.
- Doris Dialer/Eva Lichtenberger/Heinrich Neisser (Hrsg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Vision und Wirklichkeit. Innsbruck 2011.
- Udo Diedrichs u.a. (Hrsg.): Europe Reloaded. Differentiation or Fusion?, Baden-Baden 2011.
- Magnus Enzensberger: Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas, Berlin 2011.
- Ismail Ermagan (Hrsg.): Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament, Berlin 2010.
- Joschka Fischer: „I am not convinced“. Der Irak-Krieg und die rot-grünen Jahre, Köln 2011.
- Jean François-Poncent: Quai d'orsai 37. Erinnerungen und Betrachtungen für heute und morgen. Aus dem Französischen von Hermann Kusterer, Bonn 2010.
- Helmut P. Gaisbauer: Nizza oder Tod! Zur negativen Dialektik von Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union von Nizza bis Lissabon, Baden-Baden 2010.
- Michael Gehler: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, München 2010.
- Klaus Hänsch: Kontinent der Hoffnungen. Mein europäisches Leben, Bonn 2010.
- Martin Hüfner: Rettet den Euro! Warum wir Deutschland und Europa neu erfinden müssen, Hamburg 2011.
- Waldemar Hummer (Hrsg.): Die Finanzkrise aus internationaler und österreichischer Sicht. Vom Rettungspaket für Griechenland zum permanenten Rettungsschirm für den Euro-Raum, Innsbruck 2011.

- Georg Kristian Kampfer: Die Europäische Union auf dem Weg zu einem Bundesstaat? Von der föderalen Struktur der Europäischen Union und der Europäisierung der Außenpolitik, Baden-Baden 2010.
- Ludger Kühnhardt: Europa: Innere Verfassung und Wende zur Welt. Standortbestimmungen der Europäischen Union, Baden-Baden 2010.
- Olaf Leiß (Hrsg.): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon, Wiesbaden 2010.
- Jo Leinen/Jan Kreuzt: Die Zukunft Europas. Für eine demokratische und soziale EU, Baden-Baden 2011.
- Christoph Leitl/Günter Verheugen (Hrsg.): Europa? Europa! –Wo liegt die Zukunft unseres Kontinents?, Baden-Baden 2011.
- Julia Lieb/Martin Kremer: Der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes: Stand und Perspektiven, in: *integration*; 3/2010, S. 195-208.
- Ernst Majonica: Das politische Tagebuch 1958-1972, Düsseldorf 2011.
- Andreas Marchetti/Claire Demesmay: Der Vertrag von Lissabon. Analyse und Bewertung, Baden-Baden 2010.
- Hartmut Marhold: Von der Währungsunion zur (gescheiterten) Konstitutionalisierung der Europäischen Union – zehn Jahre Systemreform, ein Kapitel Integrationsgeschichte (1999-2008) in: *integration*, 1/2011, S. 3-23.
- Carlo Masala/Stephan Stetter (Hrsg.): Was die EU im Innersten zusammenhält. Debatten zur Legitimität und Effektivität supranationalen Regierens, Baden-Baden 2011.
- Gregor Mayer/Bernhard Odehnal: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. Mit einem Geleitwort von Paul Lendvai, Salzburg 2010.
- Jürgen Mittag (Hrsg.): 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979-2009). Europawahlen und EP in der Analyse, Baden-Baden 2011.
- Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Stuttgart 2010.
- Alina Mungiu-Pippidi/Wim van Meurs: Ottomans into Europeans. State and Institution Building in South-East Europe, London 2010.
- Gisela Müller-Brandeck Bocquet/Carolin Rüger: Zehn Jahre Hoher Vertreter – Lehren für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik in: *integration*, 1/2011, S. 24-41.
- Gisela Müller-Brandeck-Bocquet/Carolin Rüger (Hrsg.): The High Representative for the EU Foreign and Security Policy – Review and Prospects, Baden-Baden 2011.
- Gisela Müller-Brandeck-Bocquet u.a.: Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel, 2. akt. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2010.
- Dieter Nohlen/Philip Stöver (Hrsg.): Elections in Europe, Baden-Baden 2010.
- Christian Pfeiffer: Interessenvertretung amerikanischer Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union, Berlin 2010.
- Christian Ranacher/Markus Frischhut: Handbuch Anwendung des EU-Rechts mit Judikatur (EuGH, VfGH, VwGH, OHG), Wien 2009.
- Edmund Ratka: Deutschland und die Mittelmeerunion. Europäische Außenpolitik im nationalen Interesse, in: *Welttrends* 76/2011, S. 81-90.
- Peter Schmitt-Egner: Handbuch Europäische Identität, Baden-Baden 2011.
- Heinrich Schneider: Europas Identität (gestern) – Europas Krise (heute): ein Themenwechsel als Indiz für einen Paradigmenwandel in: *integration*, 1/2011, S. 42-62.
- Reiner Schulze/Manfred Zuleeg/Stefan Kadelbach (Hrsg.): Europarecht. Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 2. Aufl., Baden-Baden 2010.
- Hans-Werner Sinn/Kai Carstensen: Ein Krisenmechanismus für die Eurozone, Sonderausgabe des ifo Schnelldienst, München 2010.
- Uta Stäsche: Die Entscheidungsproduktivität des Europäischen Rates. Rechtliche und empirische Untersuchung vom Europäischen Währungssystem bis zum Vertrag von Lissabon; Berlin 2011.
- Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Das europäische Meer: Die Ostsee als Handlungsraum, Berlin 2011.

- Gaby Umbach: *Intent and Reality of the European Employment Strategy. Europeanisation of National Employment and Policy Making?*, Baden-Baden 2009.
- Václav Klaus: *Europa?*, Augsburg 2011.
- Marcel Viëtor: *Energiesicherheit für Europa. Kernenergie und Erdgas als Brückentechnologien*, Baden-Baden 2011.
- Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Europa von A bis Z*, 12. Aufl., Baden-Baden 2011.
- Werner Weidenfeld: *Die Europäische Union*, 2. Aufl., Paderborn 2011.
- Werner Weidenfeld: *Europa! Identität und Perspektive des Kontinents*, in: *WeltTrends, Zeitschrift für internationale Politik*, September/Oktober 2011, S. 5-9.
- Werner Weidenfeld: *Europa – Ein Kontinent auf der Suche nach seiner Identität*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 2/2011, S. 297-303.
- Werner Weidenfeld: *Doppelte strategische Ratlosigkeit – Deutschland und Europa*, in: *Europäische Rundschau* 2/2011, S. 9-15.
- Werner Weidenfeld: *Europa in der Krise – ohne Gegenstrategie* in: *Gazette*, 3/2011, S. 55-57.
- Werner Weidenfeld: *Die ratlose Dame Europa*, in: *Financial Times Deutschland*, 10.11.2010.
- Werner Weidenfeld: *Hat die Unterscheidung zwischen Strategie und Politik eine Relevanz für die Analyse der EU?*, in: Eckart D. Stratenschulte/Floran H. Setzen (Hrsg.), *Der europäische Fluß: Die Donau und ihre Region als Strategieraum*, Berlin 2011, S. 29-35.
- Simone Weske: *Europapolitik im Widerspruch. Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten*, Wiesbaden 2011.
- Franz-Ulrich Willeke: *Deutschland, Zahlmeister der EU. Abrechnung mit einer ungerechten Lastenverteilung*, München 2011.
- Harald Zschiedrich (Hrsg.): *Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Grenzregionen. Erwartungen – Bedingungen – Erfahrungen*, Berlin 2011.